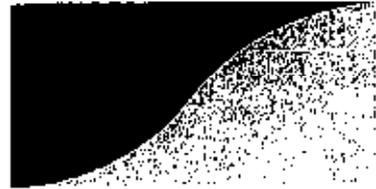


Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 8 88 846 pbbn d



Inhalt

39. Jahrgang / 239

12. Dezember 1984

Egon Lutz MdB, Obmann der SPD-Fraktion im Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung des Deutschen Bundestages, weist die Wörner-Pläne zur Offiziers-Pensionierung zurück: Versüßter Vorruhestand.
Seite 1

Hans Kolo MdL, Umweltpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion im Bayerischen Landtag, wirft der bayerischen Staatsregierung vor, das Chemie-Unglück in Indien leichtfertig abzutun: Katastrophe bei uns unmöglich?
Seite 3

Dokumentation

Herbert Wehner wurde am Montag mit dem höchsten polnischen Orden ausgezeichnet. Wir veröffentlichen die Laudatio von Kazimierz Barcikowski, Mitglied des polnischen Staatsrates, Herbert Wehners Erwiderung und die Rede des SPD-Fraktionsvorsitzenden, Dr. Hans-Jochen Vogel.
Seite 4

Vorruhestand auf militärisch

Wörners Pensions-Regelung für Offiziere ist ein himmel-schreiender Skandal!

Von Egon Lutz MdB

Obmann der SPD-Fraktion im Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung des Deutschen Bundestages

Unser Verteidigungsminister wird bekanntlich von einer steten Sorge um die Abschreckung und die Erhaltung der Kampfkraft unserer Truppe umgetrieben. Neben anderen Hemmnissen ist ihm und den Hardthöhen-Militärs dabei vor allem der sogenannte "Verwendungsstau" ein Dorn im Auge, sorgt er doch für einen drastischen Motivationsrückgang bei rund 5.000 Berufsoffizieren, die zum Beispiel als Hauptleute in 9 von 10 Fällen nicht mehr mit einem weiteren Aufstieg rechnen können.

Doch der Verteidigungsminister ist auf einen genialen Einfall gekommen - eine "einmalige Maßnahme" für 1.500 Offiziers-"Opas" (O-Ton Wörner) der Jahrgänge 1932 bis 1944, die in den Jahren 1986 bis 1991 vorzeitig in Pension gehen sollen. Versüßt wird ihnen dieser "Vorruhestand auf militärisch" mit einer einmaligen Abfindung zwischen 15.000 und 42.000 DM und einer monatlichen Pension zwischen 2.700 DM (Hauptmann) und 3.700 DM (Oberstleutnant).

Das Bundeskabinett hat diesem Vorschlag in der Zwischenzeit auch bereits die höheren Weihen eines offiziellen Regierungsplanes gegeben.

"Abgeschreckt" werden von dieser Maßnahme vor allem Sozialpolitiker. Denn wo bleibt hier die soziale Gerechtigkeit? Ein Durchschnittsverdiener muß sage und schreibe 50 Jahre lang allmonatlich den Höchstbeitrag von zur Zeit 962 DM einzahlen, um eine solche nun beabsichtigte Pension eines Hauptmannes zu erhalten. Will er auf die Pension eines Oberstleutnants kommen, wird der Höchstbeitrag gar 64 Jahre lang Monat für Monat fällig!



Und der Skandal wird vollends ein himmelschreiender, wenn man sich vor Augen hält, daß wohl keiner der Ex-Offiziere mit seinen 45 Lenzen auf dem Buckel auch wirklich seinen Vorruhestand begehen wird. Zu verlockend sind gerade die ehemaligen Berufsoffiziere im Dutzend angebotenen gut dotierten Jobs in der Rüstungsindustrie. Ein "Zubrot" zur Pension in Höhe einiger weiterer tausend Mark dürfte ihnen sicher sein.

Um nun keine unnötigen Mißverständnisse zu produzieren, und um von den Militärs nicht als Miesmacher beschimpft zu werden, soll hier neben aller Kritik auch ein konstruktiver Vorschlag zu einer gütlichen Einigung zwischen Sicherheits- und Sozial-
experten nicht fehlen: Wie wäre es, wenn die Offiziere "jenseits der Knackigkeitsgrenze" (Wörner) nicht in den finanziell so gut gepolsterten Vorruhestand geschickt würden, sondern unter Zahlung der ins Auge gefaßten Bezüge umgeschult würden und eine neue Verwendung in der Arbeitsverwaltung unseres Landes fänden?

Bekanntlich herrscht in den Arbeitsämtern ein katastrophaler Personalmangel, der sich vor allem auch in einer mangelhaften Beratung der Millionen Arbeitslosen auswirkt. Mindestens 5.000 neue Kräfte sind landauf-landab dringend erforderlich; die Rechtskoalition hat in der vorletzten Woche bei den Haushaltsberatungen allerdings nur 700 neue Planstellen bewilligen wollen.

Wie wäre es also, Herr Minister? Ihre Ex-Offiziere könnten dem Gemeinwohl in den Arbeitsämtern ohne Zweifel mehr nützen als in der Rüstungsindustrie. Sie hätten dort auch wieder mit Menschen Umgang, wobei der Umgangston sicherlich um einiges ziviler sein müßte als der gewohnte des Kasernenhofes beziehungsweise des Offizierskasinos.

Den Ex-Offizieren wäre gedient mit einer neuen Aufgabe, dem verbleibenden Offizierskorps wäre gedient mit neuen Aufstiegsmöglichkeiten, der Bundesanstalt für Arbeit und den Arbeitsämtern wäre gedient mit neuem Personal, und den Arbeitslosen wäre geholfen mit der so dringend benötigten Intensivierung der Beratungs- und Vermittlungstätigkeit.

Kann es überhaupt eine Lösung mit mehr Vorteilen geben? (-/12.12.1984/ks/rs)

+ + +



Chemie-Unglück wie in Indien unvorstellbar ?

Die bayerische Staatsregierung wird dem Problem mit ihrer vorschnellen Beruhigung nicht gerecht

Von Hans Kolo MdL

Umweltpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion im Bayerischen Landtag

Eine Giftgaskatastrophe wie in der indischen Stadt Bhopal kann sich das bayerische Umweltministerium "in dieser Form und in diesem Ausmaß" nicht vorstellen. Das Arbeitsministerium betont, eine solche Katastrophe könne "nach unserem Erkenntnishorizont" im Freistaat nicht passieren. Und das Innenministerium verurteilt das Unglück in Indien als "arge Leichtfertigkeit".

Von dieser schnellen Prüfung der bayerischen Verhältnisse bin ich mehr als überrascht. Schließlich vergeht kaum ein Monat, in dem nicht irgendwo im Freistaat giftige Gase aus Industrieanlagen oder Transportbehältern entweichen. Und wenn es schon nicht wie in Indien Phosgen oder Methylisocyanat ist, so werden in Bayern doch eine ganze Reihe chemisch verwandter Stoffe im Bereich der chlorierten Kohlenwasserstoffe und der Zyanide hergestellt und weiterverarbeitet, die durchaus vergleichbare Wirkungen haben können.

Statt vorschnelle Beruhigungen von sich zu geben, wäre die Staatsregierung besser beraten gewesen, Bestandsaufnahme zu machen. Mit einer Schriftlichen Anfrage will ich nun Auskunft über das tatsächliche Gefahrenpotential erhalten. Die Bevölkerung darauf zu verweisen, daß sie eben mit einem gewissen Risiko leben muß, wie es das für einen solchen Katastrophenfall zuständige Umweltministerium getan hat, ist sicherlich zu wenig. Ebenso wenig hilft es, im indischen Fall Leichtfertigkeit zu unterstellen, denn überall, wo Menschen arbeiten, treten auch menschliche Irrtümer auf, vom Versagen technischer Art ganz zu schweigen. Die großen Unglücksfälle treten aber gerade dann auf, wenn sich in unwahrscheinlicher Art verschiedene an sich kleinere Fehler verknüpfen.

In meiner Schriftlichen Anfrage will ich nun wissen, wo in Bayern, von wem und in welchem Umfang chlorierte Kohlenwasserstoffe und Zyanide hergestellt werden, welche Mengen jeweils gelagert werden, unter welchen Bedingungen sie gelagert sind und wie lange die durchschnittlichen beziehungsweise maximalen Lagerzeiten sind. Dabei soll durchaus auch bei den bayerischen Zweigunternehmen der großen amerikanischen Chemie-Konzerne nachgefragt werden. Weiter will ich Auskunft, wo Produktion und Weiterverarbeitung der gefährlichen Substanzen nicht am gleichen Ort geschieht und mit welchen Mitteln und unter welchen Sicherheitsvorkehrungen der Transport erfolgt. Die Staatsregierung soll auch sagen, welche Alarm- und Katastrophenpläne für die jeweiligen Herstellungs- und Lagerstätten bestehen und was getan wird, um katastrophale Auswirkungen menschlichen oder technischen Versagens auszuschließen.

Erst wenn diese Fragen ehrlich und ungeschönt beantwortet sind, können bayerische Ministerien daran gehen, die tatsächliche Gefährdung durch eine Giftgaskatastrophe einzuschätzen. Solche Beurteilungen aus der hohlen Hand abzugeben, ist unverantwortlich. Über diese Informationen hinaus will ich auch die Suche nach ungefährlicheren Substanzen und Produktionsweisen vorangetrieben wissen. (-/12.12.1984/ks/rs)

+ + +



D O K U M E N T A T I O NHöchste polnische Auszeichnung für Herbert Wehner

Der langjährige Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, Herbert Wehner, wurde am Montag mit dem höchsten Orden, den die Volksrepublik Polen an Ausländer verleiht, der Kommandoria mit Stern des Verdienstordens der Volksrepublik Polen, ausgezeichnet. Wir dokumentieren die Ausführungen des Kazimierz Barcikowski, Mitglied des Staatsrats der Volksrepublik Polen, Herbert Wehner und der SPD-Fraktionsvorsitzende, Dr. Hans-Jochen Vogel, bei dieser Gelegenheit in der Botschaft der Volksrepublik Polen in Köln gemacht haben.

Kazimierz Barcikowski: Für das Wohl unserer Länder

"Ich möchte meine große Genugtuung zum Ausdruck bringen, daß mir die besondere Ehre zuteil wurde, Herrn Herbert Wehner mit dem hohen Orden, der Kommandoria mit Stern des Verdienstordens der Volksrepublik Polen, auszuzeichnen.

Diese Auszeichnung wurde Ihnen, lieber Herr Wehner, vom Staatsrat der Volksrepublik Polen verliehen, als Ausdruck großer Anerkennung für Ihren bedeutungsvollen Beitrag zur Verständigung zwischen Polen und der Bundesrepublik Deutschland. Aktiv und mit Leidenschaft, mit bewundernswerter Konsequenz und politischem Willen, haben Sie sich für den Bau des dauerhaften und friedlichen Werkes in den Beziehungen zwischen der Volksrepublik Polen und der Bundesrepublik Deutschland engagiert.

Mit Recht haben Sie darin den einzigen Weg gesehen, mit der schlechten Tradition in der langen und schwierigen Geschichte der polnisch-deutschen Nachbarschaft zu brechen und die schreckliche Hinterlassenschaft des Zweiten Weltkrieges zu überwinden. Das Werk der Verständigung mit Polen hatte für Sie eine moralisch-politische Dimension im europäischen Maße.

Sie hatten den politischen Mut, die Dinge beim Namen zu nennen, die Wahrheit, manchmal auch die bitterste, auszusprechen. Kurz vor der Unterzeichnung des historischen Vertrages über die Grundlagen der Normalisierung der Beziehungen zwischen der Volksrepublik Polen und der Bundesrepublik Deutschland vom 7. Dezember 1970, haben Sie hier in diesem Lande am 31. August 1969 bezeichnende Worte geäußert: 'Unser Volk ist grausam gestraft worden, daß in seinem Namen anderen schreckliches Unrecht zugefügt werden konnte' - und weiter - 'Wir dürfen bei alledem nicht vergessen jene sieben Worte aus der Krolloper, die den Blitzsieg besiegelten und dann doch nicht stimmten. Sie lauteten: - Polen hat als Staat aufgehört zu existieren -' Ende des Zitates.

Diese Worte haben eine tiefe Aussagekraft und haben bis auf den heutigen Tag ihre didaktische Aktualität bewahrt.

Wir Polen denken an die Zukunft, wobei wir die tragische Vergangenheit, die den Polen und Europa durch das Hitlerdeutschland bereitet wurde, nicht vergessen. Danach haben wir uns gerichtet, als wir das Werk der Normalisierung der Beziehungen mit der Bundesrepublik Deutschland im Jahre 1970 aufgenommen haben.

Unsere polnischen Denkenswege haben sich auf halbem Wege mit den Ihren, lieber Herr Wehner, getroffen. Es ist und bleibt ein historisches Verdienst der SPD, die in der Regierungskoalition mit der FDP zu einer entscheidenden Wende in den Beziehungen zwischen Polen und der Bundesrepublik Deutschland geführt hat.

Sie hatte eine grundlegende Bedeutung für die Abkehr von der Zeit des kalten Krieges in den europäischen Beziehungen und zugleich zum Übergang zur Entspannung und Zusammenarbeit auf unserem so schwer betroffenen Kontinent.

Sie, Herr Wehner, gehören zu den wenigen großen politischen Persönlichkeiten in der Bundesrepublik Deutschland neben Willy Brandt und Walter Scheel und später Helmut Schmidt und Hans-Dietrich Genscher, die wesentlich zum Normalisierungsprozeß der Beziehungen zwischen der Volksrepublik Polen und der Bundesrepublik Deutschland beigetragen haben.



Jedes bedeutsame Ereignis in den Beziehungen unserer Länder in den 70er Jahren war mit Ihrem Namen verbunden. Sie waren die Antriebskraft in der politischen Bewegung der Bundesrepublik Deutschland für besseres Verstehen unserer polnischen Realitäten. Sie äußerten sich mit Wort und Feder, hatten nicht die Gewohnheit den Kopf in den Sand zu stecken, als über wichtige Fragen der gegenseitigen Beziehungen entschieden wurde. So war es 1972 in der Zeit der denkwürdigen politischen Debatten in der Bundesrepublik Deutschland über den Vertrag vom 7. Dezember 1970. So war es auch im Jahre 1976 vor dem ersten polnischen Besuch auf höchster Ebene. So war es auch am Anfang der 80er Jahre.

Es kam oft zu Treffen und äußerst aufgeschlossenen Gesprächen der polnischen Politiker mit Ihnen. Diese Gespräche waren für uns immer außerordentlich interessant und aufschlußreich. Sie gaben uns stets wertvolle Anregungen, um für die Sache der Normalisierung und Verständigung zwischen beiden Ländern hinzuwirken. In für beide Seiten schwierigen Zeiten haben Sie immer Polen besucht und haben zugleich Bemühungen unternommen, um die realen Hindernisse zu beseitigen.

Sie haben eine große Achtung und Vertrauen in Polen und seiner politischen Führung errungen. So war es und so wird es auch bleiben. Wir Polen werden es nicht vergessen, daß in der für Polen dramatischen Zeit, als unser Land dem wirtschaftlichen, politischen und propagandistischen Druck seitens der USA und der NATO-Länder ausgesetzt war, Sie, lieber Herbert, in einer frostigen Nacht im Februar 1982, nach Warszawa gekommen sind, um an Ort und Stelle über die für Polen, die Bundesrepublik Deutschland und Europa wichtigen Probleme zu sprechen.

Es war, wenn ich mich nicht irre, Ihr sechster Besuch in unserem Lande. Er hatte damals ein politisches Gewicht.

Später aber wurden in Ihrem Lande Kräfte wach, die am Anfang des schwierigen und komplizierten Weges zur polnisch-bundesdeutschen Verständigung danach strebten 'das Rad der Geschichte zurückzudrehen'. Wir Polen fürchteten nicht um unsere Grenzen. Wir sagten und wiederholten es: 'In Europa gibt es kein Problem der Grenzen. Es besteht nur das Problem des Friedens'.

Dies hat eine besondere Aktualität in der heutigen Wirklichkeit, in der der Menschheit die atomare Gefahr droht. Sie, Herr Wehner, hatten das Talent vorausszusehen. Sie haben vor einer solchen Entwicklung der Situation in Europa schon im Jahre 1979 gewarnt. Die Zeit ist gekommen, Europa und die ganze Welt von dieser furchtbaren Vision zu befreien.

Sehr geehrter Herr Wehner!

Ihr Beitrag zum Normalisierungsprozeß der Beziehungen zwischen der Volksrepublik Polen und der Bundesrepublik Deutschland hat ein historisches Ausmaß. Eine neue Generation der SPD-Politiker wächst heran, die Ihr Werk übernimmt. Es freut uns, daß wir in Herrn Hans-Jochen Vogel eine würdige Persönlichkeit gefunden haben, die Ihr Streben weiterhin fortsetzt. Mit Aufmerksamkeit und großem Interesse folgen wir den Bemühungen der SPD und anderer realistisch denkender Kräfte in der Bundesrepublik Deutschland, die Beziehungen zwischen der Volksrepublik Polen und der Bundesrepublik Deutschland auf das Basis des Vertrages vom 7. Dezember 1970 zu gestalten.

Möge die hohe Auszeichnung für Herbert Wehner ein Ausdruck der polnischen Anerkennung für alles, was er für das Wohl der Beziehungen zwischen der Volksrepublik Polen und der Bundesrepublik Deutschland getan hat, sein:

Aus diesem Anlaß möchte ich Ihnen die besten Wünsche und Gratulationen der polnischen Führung und persönlich vom Ministerpräsidenten Wojciech Jaruzelski übermitteln."



Herbert Wehner: Verständigung - "zum Segen und Frieden Europas"

"Ich möchte einige wenige Worte des Dankes sagen für die Ehrung, die mir durch die Verleihung des Verdienstordens der Volksrepublik Polen Kommandoria mit Stern durch den Staatsrat zuteil wurde.

Nach einem langen politischen Leben weiß ich diese Auszeichnung besonders zu würdigen, aber gestatten Sie mir hinzuzufügen, daß ich den mir verliehenen Orden auch für die Freunde entgegennehme, die mit mir an dem Werk der Verständigung und Versöhnung mit Polen mitgewirkt haben. Meine Arbeit wäre ohne Erfolg geblieben, wenn ich nicht von meiner Partei und Fraktion hierin unterstützt worden wäre.

Vor fünfzehn Jahren habe ich als Fraktionsvorsitzender den Kontakt mit dem Club der PVAP im Sejm gesucht und ich hatte die Ehre, im Februar 1971 zu einem Besuch nach Polen eingeladen zu werden, wenige Wochen, nachdem die damalige Bundesregierung der sozialliberalen Koalition den Warschauer Vertrag am 7. Dezember 1970 unterzeichnet hatte.

Ich habe wenige Auslandsreisen gemacht, aber wenn mich meine Notizen nicht trügen, war ich insgesamt fünf Mal in Ihrem Lande. Das heißt, ich habe auch durch Gegeneinladungen nach Bonn in diesen Jahren versucht, im ständigen Meinungsaustausch untereinander zu bleiben und soweit es einem Parlamentarier möglich ist, die Entwicklung weiterzutragen.

Bei meinem ersten Besuch 1971 in Auschwitz schrieb ich in das Besucherbuch den Satz: 'Alles tun, damit nie wieder das geschieht.' Meine politischen Freunde und ich waren erschüttert zu sehen, was sich dort in deutschem Namen abgespielt hat.

Mein Lebenslauf ist bekannt, aber als Deutscher kann ich mich der Verantwortung hierfür nicht entziehen. Die ersten Opfer des Nationalsozialismus waren die Deutschen und mit dem Überfall auf Polen wurde das Unglück auf ganz Europa getragen. Schreckliche Menschenopfer, materielle und seelische Verwüstungen hat dieser Krieg uns allen gebracht. Die Folgen sind heute noch nicht überwunden, aber bei allen Europäern hat es das Bewußtsein und den Willen geweckt, diesen Kontinent endlich zum Frieden auszubauen. Wir wissen aber auch aus der Geschichte, zu dieser politischen Aufgabe gehört, daß über Bündnisse hinweg zum Frieden in Europa ein gutes Verhältnis zwischen Deutschen und Polen gehört.

Wenn wir auch in zwei deutschen Staaten leben, so fühlen wir Deutschen in der Bundesrepublik auch als Nachbarn Polens. Deswegen habe ich immer wieder gesagt, daß neben der Aussöhnung im Westen mit Frankreich gleichrangig die Aussöhnung mit Polen stehen muß. Mehrmals sagte ich bei meinem ersten Besuch in Warschau 1971: 'Auf jeden Fall werde das Verhältnis zwischen der Bundesrepublik und Polen aus vielen, auch aus moralischen Gründen, ein Herzstück unseres Verhältnisses zur Welt sein.'

Dies war meine politische Richtschnur während der Zeit, als ich politische Verantwortung tragen durfte. Solange man mir es gegönnt hat. Und jetzt nach einem gewissen Abstand aus dem politischen Leben, bin ich erst recht überzeugt, daß dies zu meinem Lebenswerk gehört: Ich wünsche mir und bitte darum, daß dies weitergetragen wird, nicht nur von meiner Fraktion und meiner Partei, ich wünsche es von allen Deutschen.

Die Vergangenheit darf man nicht vergessen, aber man muß jetzt in die Zukunft sehen. Die Mehrheit unserer Bürger erkennt die territoriale Integrität Polens an und bekennt sich zur Anerkennung der polnischen Westgrenze für heute und für die Zukunft.

In Polen darf nicht das Gefühl aufkommen, eine Nation auf Rädern zu sein. Deswegen muß der Warschauer Vertrag in Wort und Geist Grundlage deutscher Politik gegenüber Polen sein.

Ich habe die Hoffnung, daß es uns beiden gelingt, Polen und Deutsche zusammenzubringen, zum Segen und Frieden Europas.

Ich denke mit Dankbarkeit zurück, daß ich an dieser Arbeit mitwirken durfte.



Ich bedanke mich nochmals für die mir überreichte Auszeichnung seitens der Führung der Volksrepublik Polen und bitte Sie, diesen Dank verbunden mit Grüßen auch den Herren zu übermitteln, die dieses veranlaßt haben und auch den Persönlichkeiten, mit denen ich lange Gespräche führte, um dieses Ziel zu erreichen."

Hans-Jochen Vogel: Der Prozeß der Aussöhnung ist unumkehrbar

"Ich möchte Dir, lieber Herbert, zu der hohen Auszeichnung, die Dir soeben zuteil geworden ist, die sehr herzlichen Glückwünsche der deutschen Sozialdemokraten und die sehr herzlichen Glückwünsche der Bundestagsfraktion zum Ausdruck bringen. Diese Ehrung, das ist uns allen bewußt, gilt einem Mann, der Wesentliches, ja Entscheidendes zur Konzeption und zur Durchsetzung der Ostpolitik beigetragen, der den Prozeß der polnisch-deutschen Normalisierung beharrlich vorangetrieben und der gerade in kritischen Phasen immer wieder vor Schaden bewahrt hat. Die Auszeichnung gilt mittelbar aber auch einem Kernstück sozialdemokratischer Politik, das vor der Geschichte Bestand haben wird.

Mit den Glückwünschen verbinde ich den Dank an den Staatsrat der Volksrepublik Polen, und ganz persönlich an Sie, Herr Vorsitzender Barcikowski. Wir wissen, was diese Auszeichnung über den Tag hinaus bedeutet. Wir wissen, es ist mehr als eine Geste, es ist eine Botschaft, die Sie uns übermitteln. Eine Botschaft, die Sie in Ihrer Rede erläutern haben. Eine Botschaft zu einem Zeitpunkt, in dem sich entscheidet, ob der Prozeß der Aussöhnung wieder an Tempo und Intensität gewinnt oder ob er sich verlangsamt oder gar vertrocknet.

Dieser Prozeß war und ist Belastungsproben ausgesetzt. Mit Anteilnahme und innerer Bewegung haben wir miterlebt, wie gesellschaftliche Spannungen in Ihrem Lande alle Kräfte Ihres Volkes in Anspruch genommen haben. Und wir drücken auch bei dieser Gelegenheit die Hoffnung aus, daß im Zusammenwirken aller gesellschaftlichen Kräfte in Ihrem Land und in Ihrem Volk ein neuer nationaler Konsens erreicht wird. Die Botschaft erreicht uns aber auch in einem Zeitpunkt, in dem eine Minderheit Themen von gestern erneut in unserem Land zur Diskussion stellt.

Das alles ändert aber nichts daran: Der Prozeß der polnisch-deutschen Aussöhnung ist unumkehrbar. Die Unverletzlichkeit der Grenzen ist im Vertrag besiegelt. Keine Gebietsansprüche werden erhoben. Es ändert nichts daran, daß dieser Prozeß ein Element der Friedensstabilisierung in Mitteleuropa ist. Und es ändert nichts daran, nein, es bekräftigt, daß für uns die polnisch-deutsche Aussöhnung ein Kernstück unserer Politik, ja unserer sozialdemokratischen Identität darstellt. Deshalb reichen wir, dem Vorbild Herbert Wehners folgend, allen die Hand, die diese Aussöhnung wollen. Und wir treten allen entgegen, die diese Aussöhnung von neuem gefährden.

Die Geschichte unserer beiden Völker ist ebenso gekennzeichnet durch Zeiten des Gegensatzes und bittere Leiden wie durch Zeiten der Gemeinsamkeit und der Verbindung. Was wir heute im Verhältnis unserer Völker brauchen, ist so viel Gemeinsamkeit, ist so viel Verbundenheit wie möglich. Johann Wolfgang von Goethe schrieb an den großen polnischen Nationalschriftsteller Miskiewicz den Satz: 'Was ist am heiligsten? Am heiligsten ist das, was die Menschen verbindet.' Ich könnte mir für den Prozeß der Aussöhnung kein besseres Motto wünschen.

Heute ist nicht das Trennende verherrlicht, heute ist das Gemeinsame, das Verbindende in der Person Herbert Wehners gefeiert und geehrt worden. Dies ist ein Ereignis, das uns über den Tag hinaus in die Pflicht nimmt. Das, was einmal geschehen ist, soll sich nie wieder wiederholen. Das Verbindende soll unseren beiden Völkern heilig sein!"
(-/12.12.1984/ks/rs).

+ + +

